

Das Beckenbauer-Prinzip sollte heute nicht ausreichen

Das schlimmste, was der Wende in der Verkehrspolitik drohen könnte, wäre ein taktisches Ja windelweicher Skeptiker

Wenn am heutigen Spätnachmittag der Erlanger Stadtrat für oder gegen eine Stadt-Umland-Bahn (StUB) stimmen wird, sollten die Beobachter genau hinsehen: Der „positive“ Beschluss des Kreistages jedenfalls ist kein Vorbild an Verbindlichkeit – möglicherweise ist deshalb auch die Mehrheit so groß dafür ausgefallen.

ERLANGEN – Dem Herzogenauracher Bürgermeister und SPD-Kreisrat German Hacker ist wohl kaum zu widersprechen, wenn er vor einer Überbewertung des „zaghaften Ja“ des Kreistages zur StUB warnt. Wer sich – wie am letzten Freitag im Landratsamt Erlangen-Höchstadt – alle Optionen offen hält, eine Kehrtwendung zu machen, wenn es ernst wird, also anfängt finanziell weh zu tun, dem ist nicht zu trauen. So jedenfalls

Hackers sicher nicht ganz unbegründeter Verdacht.

Die Erlanger Stadträte wären jedenfalls für die heutige Sitzung gut beraten, wenn sie sich nicht (wahl-)taktisch verhalten und einem Projekt zustimmen würden nach dem Beckenbauer-Motto: Schaunmermal, dann sehmerscho. Die Versuchung, nach außen den Fortschrittsfreund zu geben, leise aber auf ein „objektiv“ erzwungenes Scheitern des Projekts zu setzen, ist leider nicht von der Hand zu weisen.

Appetithäppchen

Etwas erleichtert wird solche „Geschmeidigkeit“ aber auch durch Versuche, das Projekt in Appetithäppchen zu zerlegen, um es leichter verdaulich und damit zustimmungsfähig zu machen. So warten die SPD, die

Grüne Liste, die ÖDP, die Erlanger Linke und der Stadtrats-Pirat mit einem Ergänzungsantrag zur heutigen Stadtratstagesordnung auf, indem sie betonen, es müsse „jede Anstrengung unternommen werden, die Kosten insgesamt und insbesondere für die

MEINUNG & HINTERGRUND

Stadt Erlangen zu senken und die Fördermittel zu maximieren“. Diese Selbstverständlichkeit wird dann flankiert von dem Verlangen nach erhöhten Förderquoten, aber auch nach der Neuverhandlung des Kostenschlüssels nach einer Nutzerquote statt des Territorialprinzips – was die anderen StUB-Partner sicher freuen dürfte.

Das alles, wie auch die Forderung nach einer ausführlichen Bürgerbeteiligung durch zum Teil neu zu schaffende Foren und Beiräte, ist gewiss aller Ehren wert. Ob es der Klärung der Frage dient, ob es zu einem Paradigmenwechsel im öffentlichen Personennahverkehr in Erlangen (und Teilen des Landkreises) kommen soll, ist allerdings eher fraglich.

Das nicht wenige Geld, das heute zum Ausbau eines T-Netzes benötigt wird, wäre erst der Auftakt für eine neue Verkehrspolitik. Ob diese neue Verkehrspolitik – die von Fachleuten als unvermeidlich prognostiziert wird – heute eingeleitet wird, hängt erkennbar von echten Überzeugungen und klaren Mehrheiten ab. Sonst könnte, sonst wird die nächste Kommunalwahl jeden Beschluss wieder „kassieren“ – so, oder so. PETER MILLIAN